<u>öffentlich</u>	
Verantwortlich: Fachdienst Interner Dienstbetrieb	BESCHLUSSVORLAGE

Geschäftszeichen	Datum	DV/2022/474	
3-103/gt.	07.12.2023	BV/2023/171	

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termine
Rat der Stadt Wedel	Entscheidung	21.12.2023

# Wahl der 3. Stellvertretung des Bürgermeisters

## Beschlussvorschlag:

Der Rat wählt aus seiner Mitte für die Dauer der Wahlzeit

a) Zum/zur 3. stellvertretenden Bürgermeister/in

Frau Alexandra Petersen

#### **Ziele**

- 1. Strategischer Beitrag des Beschlusses (Bezug auf Produkt / Handlungsfeld / Oberziele) keine
- 2. Maßnahmen und Kennzahlen für die Zielerreichung des Beschlusses Keine

#### Darstellung des Sachverhaltes

Als Stellvertretende des Bürgermeisters sind derzeit keine hauptamtlichen Stadträtinnen oder Stadträte vorhanden. Daher wählt der Rat gem. § 62 Abs. 3 GO die Stellvertretenden oder die weiteren Stellvertretenden aus seiner Mitte für die Dauer der Wahlzeit nach § 33 Abs. 2 GO (gebundenes Vorschlagsrecht); § 57 e Abs. 2 bis 4 GO gilt entsprechend (§ 62 Abs. 3 Satz 3).

Gem. § 6 Abs. 3 Hauptsatzung wählt der Rat aus seiner Mitte für die Dauer seiner Amtsperiode 3 Stellvertreterinnen oder Stellvertreter der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters. Die Stellvertreterinnen oder Stellvertreter vertreten die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister im Falle der Verhinderung in der Reihenfolge ihrer Wahl.

Die gewählte Person wird für die Dauer der Wahlperiode zur Ehrenbeamtin bzw. Ehrenbeamten ernannt.

Zwischen dem Bürgermeister und der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter darf kein Behinderungsgrund im Sinne von § 22 Abs. 1 GO bestehen. Ferner ist eine Personalunion zwischen der Stadtpräsidentin bzw. dem Stadtpräsidenten, deren bzw. dessen Stellvertreterinnen oder Stellvertreterinnen oder

#### Begründung der Verwaltungsempfehlung

Jede Fraktion kann verlangen, dass die Stellvertretenden der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters auf Vorschlag der vorschlagsberechtigten Fraktion gewählt werden (§ 62 Abs. 3 Satz 3 i. V. m. § 33 Abs. 2 GO). Das Verlangen <u>einer</u> - auch einer nicht vorschlagsberechtigten - Fraktion genügt. In diesem Fall steht den Fraktionen das Vorschlagsrecht für die Wahl der Stellvertretenden der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters in der Reihenfolge der Höchstzahlen zu, die sich aus der Teilung der <u>Sitzzahlen</u> der Fraktionen durch 0,5/ 1,5 / 2,5 usw. ergeben (§ 33 Abs. 2 Satz 2 GO).

Das Vorschlagsrecht für die erste Stellvertretung steht der CDU-Fraktion zu. Für die 2. Stellvertretung steht das Vorschlagsrecht der GRÜNEN-Fraktion und für die 3. Stellvertretung der SPD-Fraktion zu.

Nach dem Rücktritt von Herrn Murat Sayinc ist die Stelle des 3. Stellvertretenden Bürgermeisters / der 3. Stellvertretenden Bürgermeisterin vakant und eine Neuwahl notwendig. Das Vorschlagsrecht hat die SPD.

Für die Wahl der Stellvertretenden der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters im Verfahren mit gebundenem Vorschlagsrecht gilt nicht die spezielle Wahlvorschrift des § 40 Abs. 3 GO, sondern, wie sich aus § 33 Abs. 2 GO ergibt, stattdessen die allgemeine Beschlussfassungsvorschrift des § 39 Abs. 1 GO entsprechend. Beschlüsse des Rates werden mit Stimmenmehrheit gefasst (§ 39 Abs. 1 Satz 1 GO). Bei der Berechnung der Stimmenmehrheit zählen nur die Ja- und Nein-Stimmen (§ 39 Abs. 1 Satz 2 GO). Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt (§ 39 Abs. 1 Satz 3 GO). Die Wahl ist somit vollzogen, wenn ein Vorschlag einer vorschlagsberechtigten Fraktion mehr Ja- als Nein-Stimmen auf sich vereinen kann.

Die Ablehnung eines Antrags ändert nichts am Vorschlagsrecht der betroffenen Fraktion. Sie kann es dann durch Vorschlag derselben oder einer anderen Person erneut ausüben. Erforderlichenfalls ist das Verfahren mehrfach zu wiederholen.

Eine Fraktion kann jedoch auf das Vorschlagsrecht für die Stellvertretenden der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters auch verzichten. Dadurch wird ihre Höchstzahl ebenso verbraucht wie durch die erfolgreiche Ausübung des Vorschlagsrechts. Vorschlagsberechtigt ist dann die Fraktion mit der nächsten Höchstzahl.

<b>Darstellung von Alternat</b>	iven und de	ren Konseqi	uenzen mit	finanzielle	en Auswirku	<u>ngen</u>	
keine							
Finanzielle Auswirkunge	en						
Der Beschluss hat finanzielle	— e Auswirkunge	en:			a 🛛 nein		
		☐ ja		_			
·				_			
Es liegt eine Ausweitung ode	er Neuaufnahi	me von freiwi	lligen Leistur	ngen vor:	∐ ja	∐ nein	
Die Maßnahme / Aufgabe ist						ch	
sind folgende Kompensationen für die Leistungserweiterung vorgesehen:  (entfällt, da keine Leistungserweiterung)							
Ergebnisplan	2022 -14	2022	2024	2025	2024	2027 #	
Erträge / Aufwendungen	2023 alt	2023 neu	2024	2025	2026	2027 ff.	
	in EURO  isse / Zuweisungen, Transfererträge, Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge  Personalkosten, Sozialtransferaufwand, Sachaufwand, Zuschüsse, Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen						
Erträge*							
Aufwendungen*							
Saldo (E-A)							
Investition	2023 alt	2023 neu	2024	2025	2026	2027 ff.	
IIIVESCICIOII	ZUZS all	in EURO					
Investive Einzahlungen				2010			

### Anlage/n

Saldo (E-A)

Investive Auszahlungen

1 Berechnung des Vorschlagsrechts - Wahl der stellv. Bürgermeister\*innen